

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1875**

14.2.1875 (No. 38)

# Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 14. Februar.

№ 38.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 Mark 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 Mark 65 Pf.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennig. Briefe und Gelder frei.

1875.

## Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 25. Januar d. J. gnädigst bewogen gefunden: dem königlich preussischen Hofschauspieler Theodor Döring in Berlin das Ritterkreuz erster Klasse Höchstihres Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 8. Februar d. J. gnädigst bewogen gefunden: dem Oberlieutenant Schach von Wittenau, Kommandeur des Großh. Hessischen Dragoner-Regiments Nr. 23 in Darmstadt, das Kommandeurkreuz zweiter Klasse Höchstihres Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden: dem Großh. Oberstaatsanwalt Placidus Haager in Konstanz die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn verliehenen Ritterkreuzes des Ordens der eisernen Krone III. Klasse zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 11. Februar d. J. gnädigst geruht:

1) Dem ordentlichen Professor der vergleichenden Sprachwissenschaft und des Sanskrits an der Universität Heidelberg, Dr. Ernst Winbisch, die unterthänigst nachgesuchte Entlassung aus dem badischen Staatsdienste auf 1. Oktober 1875 zu erteilen.

2) Den Amtmann Dr. Albert Bärklin bei großh. Bezirksamt Waldshut zum Assessor bei großh. Oberkulturrath zu ernennen.

3) Die Stelle des zweiten Beamten bei großh. Bezirksamt Waldshut dem Sekretär Julius Wirth bei dem großh. Ministerium des Innern, unter Ernennung desselben zum Amtmann, zu übertragen.

4) Den Referendar Eugen Becker von Pforzheim zum Sekretär bei großh. Ministerium des Innern zu ernennen.

5) Den Professor Johann Nepomuk Heim an der höheren Bürgerschule in Heidelberg an das Realgymnasium in Karlsruhe zu versetzen und

6) der Ernennung des Fortspraktikanten Johann Georg Vogt von Lautenbach zum Gemeinde-Bezirksförster für den Forstbezirk Schriesheim die allerhöchste Genehmigung zu erteilen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Telegramme.

† Berlin, 12. Febr. Das Abgeordnetenhaus erledigte die erste Lesung der Vorlagen über die Verfassung und Verwaltung der Provinz Berlin und über die Dotation der Provinzial- und Kreisverbände. Die Gesegenswürfe betreffen die Provinzialordnung, die Gesetze über die Verwaltungsgerichte und die Provinz Berlin wurden nach Lasker's Antrag an eine Kommission von 21 Mitgliedern, welche für die beiden letztgenannten Gesetze durch 7 technische Mitglieder des Hauses verläßt wird, das Dotationsgesetz an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen. Bei der Beratung des Dotationsgesetzes nahmen der Handelsminister, der Landwirtschaftsminister und der Finanzminister nach einander das Wort, um die aus der angeblich zu geringen Dotierung der Provinzen hergeleiteten Bedenken zu widerlegen. Bei Beginn der Sitzung zeigte Präsident v. Bennigsen den gestern erfolgten Tod des Reichs- und Landtags-Abgeordneten v. Savigny an.

† Leipzig, 12. Febr. Das Oberhandelsgericht entschied heute in dem bekannten Prozesse mehrerer Gründer gegen den Schlesischen Bantverein zu Gunsten der Kläger.

† Wien, 12. Febr. Der ungarische Ministerpräsident wurde heute Mittags vom Kaiser empfangen. Derselbe berichtete über die parlamentarische Lage und überreichte die Demission des Gesamtkabinetts. Die Entschließung des Kaisers wird demnächst erfolgen.

† Triest, 12. Febr. Der hiesige Bischof Legat ist heute gestorben.

† Bern, 12. Febr. Laut Anzeige der französischen Gesandtschaft an den Bundesrath ist die internationale Meteorologenkongress auf den 1. März nach Paris definitiv einberufen.

† Versailles, 12. Febr. Nationalversammlung. Seitens der konstitutionellen Kommission wird die Erklärung abgegeben, daß dieselbe sich an der ferneren Debatte über das Senatsgesetz nicht beteiligen werde, sich indeß vorbehalte, bei Anlässen, wo es geeignet erscheine, in die Debatte einzugreifen. Der Ministerpräsident Eiffel erklärte Namens des Kabinetts: „Der Präsident der Republik hat uns nicht ermächtigt, bei den Verhandlungen das Wort zu nehmen, aber wir müssen die Ansicht aussprechen, daß das gestrige Votum, wenn es aufrecht erhalten würde, die Errichtung einer zwei-

ten Kammer zur Folge haben möchte, welche die konservativen Interessen gefährden dürfte.“ Von einem von Bardoux eingebrachten Amendement wurde derjenige Theil, welcher benimmt, daß in jedem Departement mittelst des Listenfratiums 3 Senatoren unter den bereits gesetzlich festgestellten Modalitäten gewählt werden sollen, mit 342 gegen 322 Stimmen angenommen. Sodann wurde der ganze Artikel 1, welcher aus den Amendements Duprat und dem bezeichneten Theil des Amendements Bardoux zusammengestellt ist, mit 380 gegen 253 Stimmen angenommen.

† London, 12. Febr. Der „Times“ wird aus Berlin gemeldet, Frankreich sei nicht mehr so bereit, die St. Petersburg-Konferenz zu bejehden, wie die erste Antwort andeutete. Nach einer Wiener Mittheilung des Daily Telegraph hat Fürst Gortschakow auf die englische Depesche geantwortet und Abschrift der Antwort nach Wien, Berlin, Paris und Rom geschickt. Auch bereite er, heißt es weiter, eine Erklärung an die Mächte vor, worin er ausführe, daß die Weigerung Englands den Kongress nicht beeinträchtigt. Demselben Blatte wird aus Berlin ein Gerücht telegraphirt, daß die Mission des Herrn v. Radowicz in St. Petersburg auch den Zweck habe, eine von Deutschland gewünschte herzlichere Beziehung zwischen Rußland und England herzustellen, indem die gegenwärtige Spannung einer befriedigenden Lösung der orientalischen Frage entgegenstehe.

† London, 12. Febr. „Ball Mall Gazette“ erhält eine Depesche aus Shanghai vom 10. d. Mts., wonach ein Bürgerkrieg in China vor der Thüre steht.

### Deutschland.

Karlsruhe, 13. Febr. Ihre Hoheiten der Herzog und die Herzogin von Schleswig-Holstein haben gestern Karlsruhe verlassen und sich zunächst nach Darmstadt zum Besuche Ihrer Königl. Hoheiten des Prinzen und der Prinzessin Ludwig von Hessen begeben. Hochdieselben werden von Darmstadt nach Prindenan in Schlesien zurückkehren.

\* Berlin, 10. Febr. Nach einem Spezialerlaß des Ministers der geistlichen u. Angelegenheiten vom 21. Decbr. v. J. ist das Amt eines Religionslehrers an einer öffentlichen Schule weder ein geistliches Amt, noch ein Amt in einer der christlichen Kirchen, sondern ein Staatsamt, sei es ein unmittelbares, sei es ein mittelbares. Ebensovienig ist die Ertheilung des Religionsunterrichts in den öffentlichen Schulen als ein Ausfluß des geistlichen Amtes aufzufassen, denn die Berechtigung zur Ertheilung des Religionsunterrichts entspringt lediglich aus der Uebertragung des Amtes Seitens des Staates. In letzterer Beziehung verweist der Minister auf das Erkenntniß des königl. Obergerichtes vom 12. Oktbr. d. J., in welchem dargethan ist, daß die Ertheilung des Religionsunterrichts in den öffentlichen Schulen sich als Ausfluß eines staatlichen Auftrags und damit eines öffentlichen Amtes im Sinne des § 132 des R.-St.-G.-B. darstellt. Hierdurch ist die Anwendbarkeit sowohl des Gesetzes vom 11. Mai v. J. als auch des Ergänzungsgesetzes vom 21. Mai v. J. auf die Religionslehrer an den öffentlichen Schulen ausgeschlossen.

\* Berlin, 11. Febr. Die „Post“ vertheidigt die Wahl des Stadtraths Hr. Tschow in den Vorstand der brandenburgischen Provinzialsynode und zur Generalsynode. Die Unionspartei halte es allerdings für wünschenswerth, daß auf der Generalsynode auch der Protestantenverein vertreten sei, und von vielen Seiten sei die Ansicht laut geworden, daß die Gefahr, welche in diesem Augenblicke der Kirche und ihrer Verfassungsarbeit von der „Kreuzzeitung“ und ihrer Partei droht, eine viel größere sei als die, welche sie von Seiten des Protestantenvereins zu befürchten hat. Wäre die in Pommern herrschende Majorität überall die maßgebende gewesen, die Verfassung der evangel. Kirche wäre mit den Provinzialsynoden in diesem Augenblicke schon zu Grabe getragen. In Pommern ist namentlich Hinterpommern, wo Hr. v. Kleist-Neckow seinen Sitz hat, das gelobte Land einer starrsinnigen Orthodorie.

\* Berlin, 11. Febr. Nach dem „Journal de St. Petersburg“ ist am 8. Februar Herr v. Radowicz, der neuerdings in der Eigenschaft eines „Gesandten in außerordentlicher Mission und bevollmächtigten Ministers des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen“ am St. Petersburg Hofe akkreditirt worden ist, vom russischen Kaiser in Audienz empfangen worden und hatte die Ehre, demselben seine Beglaubigungsschreiben zu überreichen. — Als erster Vortragender der Rath des Reichs-Zukunftsausschusses wird der „Post“ zufolge der Staatsanwalt Hanauer aus München, als zweiter Justizrath Meyer aus Thorn, als dritter Tribunalsrath Kienitz aus Königsberg bezeichnet. — Für die deutsche Seewarte ist nach einer Mittheilung der „M. Z.“ Hr. Neumayer, Vorstand des hydrographischen Bureaus der Admiralität, als Direktor bestimmt; für die beiden Rathsstellen sind Kapitän Koldewey, der bekannte Nordpol-Fahrer, und der Vorstand der hydrographischen Station in Wilhelmshafen, Hr. Wagner, in Aussicht genommen.

± Berlin, 11. Febr. Die Agitation gegen den Gesetz-

entwurf betreffend die Bildung einer neuen „Provinz Berlin“ gewinnt immer größere Dimensionen. Nachdem schon am Sonntag eine derartige Versammlung der Bewohner des Kreises Nieder-Barnim stattgefunden, welche sich gegen das Gesetz aussprach, wiederholte sich heute dasselbe Schauspiel in einer im Englischen Hause heute Mittag stattgehabten Versammlung von Bewohnern des Teltower Kreises, welche von Mitgliedern des Kreis-Ausschusses zum Zweck der Besprechung dieses Gesetzes einberufen war. Nur vereinzelt waren die Vertheidiger der Vorlage, die Mehrzahl sprach sich gegen dieselbe aus. Man konstatierte, daß von den Kreis-Anschaften ungefähr  $\frac{9}{10}$  der Einkommensteuer-Pflichtigen in die neue Provinz eingeschlossen würden, während nur  $\frac{1}{10}$  in dem bisherigen Kreisverbände verbliebe, der dadurch der Gefahr der Verarmung und Steuerüberbürdung entgehen geführt würde. Dagegen nehme man wiederum die werthvollsten und rentabelsten der aus Kreisfonds geschaffenen gemeinnützigen Anlagen (Kreisschulen u.) und lasse den alten Kreisen die geringeren und unrentableren Einrichtungen. Für dieses Verhältniß passe daher die aus Staatsfonds dem Restkreise in Aussicht gestellte Entschädigung nach der Kopfzahl durchaus nicht; solle eine solche Entschädigung den Verhältnissen entsprechend gewährt werden, dann müsse sie nach dem Werthe der dem Kreise entzogenen Objekte bemessen werden. Nach längerer Diskussion beschloß die Versammlung: 1) sofort eine Petition an das Abgeordnetenhaus zu erlassen und in derselben zu bitten, den Gesetzentwurf vorläufig abzulehnen, 2) den Kreis-Ausschuß zu beauftragen, unter Kooptation geeigneter Persönlichkeiten eine möglichst genaue Ermittlung darüber anzustellen, wie hoch sich die einzelnen Summen belaufen, durch welche der Kreis insofern durch das Gesetz geschädigt werde, als die aus Kreismitteln beschafften Anlagen dem bisherigen Kreisverbände entzogen und dem neuen Kreisverbände zugeführt werden sollen; endlich 3) den Landrath des Kreises Teltow aufzufordern, schleunigst eine Sitzung des Kreis-Ausschusses anzuordnen, um in derselben Sitzens des Kreis-Ausschusses zu dem Gesetz Stellung zu nehmen.

\* Berlin, 12. Febr. Der Erlass eines neuen Reichs-Eisenbahn-Gesetzes steht bekanntlich schon seit langer Zeit auf der Tagesordnung; ein früher aufgestellter Entwurf fand vielseitig Widerspruch, der eine Zurückziehung desselben veranlaßte. Jetzt ist im Reichs-Eisenbahn-Amt ein neuer Entwurf aufgestellt worden, der nur noch einer von den beteiligten Bundesregierungen zu vollziehenden Revision unterliegen soll. Ein anderer Gegenstand des Eisenbahn-Verkehrs soll, vorliegenden Mittheilungen zufolge, auf dem Wege der Verordnung erledigt werden. Der „Berl. Anz.“ berichtet: Auf Grund der Reichsverfassung sollen gemeinsame Normen über die Anlage und Ausrüstung von Eisenbahnen aufgestellt werden, zu deren Befolgung auch Bayern im Interesse der Landesverteidigung herangezogen werden kann. Diese Normen sollen im Wege der Verordnung durch den Bundesrath aufgestellt werden. Der betreffende Entwurf ist bereits ausgearbeitet und soll noch einmal einer Beratung von Sachverständigen unterliegen, um auch auf diesem Gebiete für die Zukunft ein einheitliches Verfahren zu schaffen. Der Entwurf umfaßt einige 60 Paragraphen und hatte bei seiner Aufstellung erhebliche Schwierigkeiten zu bejehden.

† Berlin, 12. Febr. Das neuerdings von einigen Mätern verbreitete Gerücht: der Kriegsminister Generalleutnant v. Kammeke werde alsbald von seinem Posten zurücktreten und den jetzigen Chef der Admiralität, Generalleutnant v. Stosch, zum Amtsnachfolger erhalten, begegnet in hiesigen Regierungskreisen einem entschiedenen Widerspruch. Beide genannte Militärs verbleiben in ihren bisherigen Stellungen. Damit widerlegt sich auch die weitere Behauptung, daß der Generalmajor v. Voigt's-Meyer, im Kriegsministerium, Direktor des Allgemeinen Kriegsdepartements, dazu ausersehen sei, den Generalleutnant v. Stosch an der Spitze der Admiralität zu ersetzen.

Von den vereinigten Bundesraths-Ausschüssen für Handel und Verkehr und für Justizwesen, von den vereinigten Ausschüssen für das Landheer und die Festungen und für Rechnungswesen, sowie von dem Ausschusse für Handel und Verkehr wurden heute Sitzungen gehalten. Nach dem jetzigen Stande seiner Arbeiten wird der Bundesrath frühestens erst am 17. d. M. seine Plenarsitzungen schließen können. Der großh. bad. Bundesvollmächtigte Ministerialrath Lepique ist von hier nach Karlsruhe abgereist.

\* Straßburg, 12. Febr. Der beschlagene Hirtenbrief des Bischofs Raef wird seit gestern allgemeiner besprochen; aber alle verlässigen Angaben bestätigen, daß die Festigkeit der vom Bischof gewählten Ausdrücke diesmal jedes Maß übersteigt. Wie es nur möglich sei, daß ein so hochbetagter, „milder“ Mann sich zu solchen gedruckten Erzeßes fortreiben lassen könne? — hört man häufig fragen. Besserunterrichtete wissen aber, daß dies nicht der erste Fall ist, in dem der äußerlich immer milde und verträgliche Prälat sich von der Festigkeit seines robusten Temperamentes zu weit führen und zu Aeußerungen und Maßnahmen bestimmen ließ, welche das gerade Gegentheil von Milde und Verträglichkeit bekundeten. Man erzählt sich davon in eingeweihten Kreisen die





